

**NIEDERSCHRIFT**

über die öffentliche 39. Sitzung des Stadtrates

Datum: 24.10.2023

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:31 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Sengl, Manfred, Dr.

Dritter Bürgermeister

Hofschuster, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Arnold, Anja

Teilnahme online

Dirnberger, Dominik

Ehm, Rosmarie

Ehrensberger, Josef

ab TOP Ö4 anwesend

Gigliotti, Gisella

Heil, Thorsten

Hoiß, Günter

Honold, Jürgen

Horn, Gudrun, Dr.

Kamleiter, Karin

Keil, Max

ab TOP Ö4 anwesend

Knürr, Hans

Koch, Martin

ab TOP Ö4 anwesend

Leone, Jean-Marie

Olschowsky, Christian

Olschowsky, Claudia

Peukert, Michael
Ponn, Barbara
Salcher, Thomas
Schneider, Dominik
Sippel, Dorothea
von Hagen, Michaela
Winberger, Lydia
Wirth, Wolfgang
Wuschig, Wolfgang
Zöller, Rainer

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Wipiejewski, Isabell

Verwaltung

Dinkelmaier, Judith

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Genzel, Rebecca
Matthes, Sigrun, Dr.

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Bürgerbefragung zur verkehrlichen Situation in der Allinger Straße	2023/0163
TOP 5	Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek Puchheim	2023/0146
TOP 6	Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren und Verwaltungs- kosten für die Stadtbibliothek Puchheim	2023/0147
TOP 7	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Lochhauser Straße hier: Förmli- che Festlegung des Sanierungsgebietes / Sanierungssatzung	2023/0137/1
TOP 8	Grundschule Süd; Neugestaltung der Außenanlagen mit Errichtung eines Verkehrsübungsplatzes hier: Erweiterung der Projektgenehmigung	2023/0149/1
TOP 9	GSS Grundschule Süd - Flachdachsanierung Hauptgebäude, hier: Erwei- terung der Projektgenehmigung	2023/0168
TOP 10	Aktueller Stand und weiteres Vorgehen beim Mobilitätsstationsprojekt, hier: interkommunale und landkreisübergreifende Zusammenarbeit	2023/0172
TOP 11	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadträtin Arnold nehme online an der Sitzung teil. Die Stadträtinnen Genzel und Dr. Matthes seien entschuldigt. Die Stadträte Ehrensberger, Keil und Koch würden etwas später eintreffen. Einwände gegen die Tagesordnung gab es keine.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Bekanntgaben gab es keine.

TOP 4 Bürgerbefragung zur verkehrlichen Situation in der Allinger Straße

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein und übergab das Wort an Herrn Knauf von der Stadtverwaltung. Dieser gab einen Überblick über die bisherigen Entwicklungen hinsichtlich der Allinger Straße, insbesondere in Bezug auf die Verkehrsuntersuchung aus dem Jahr 2015 und das Radverkehrskonzept von 2018. Er erläuterte die den Radverkehr betreffenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Stadtrat Olschowsky stimmte der in der Beschlussvorlage dargelegten Vorgehensweise zu. Bedenken äußerte er in Bezug auf die Aussagekraft der Ergebnisse der Befragung und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand. Auf die Anmerkung von Stadträtin Winberger hinsichtlich der Formulierung der ersten beiden Fragen des vorgelegten Fragebogenentwurfes erklärte der Vorsitzende, dass man sich bewusst dafür entschieden habe, die Konsequenzen mit in die Fragestellung aufzunehmen. Stadträtin Winberger schlug vor, bei Frage 2 noch eine dritte Antwortmöglichkeit für Unentschlossene hinzuzufügen. Am Ende des Bogens solle auf die Online-Umfrage hingewiesen werden. Stadträtin von Hagen erkundigte sich nach Auswertungen in Bezug auf Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Allinger Straße. Dies sei ihrer Ansicht nach auch ein relevanter Aspekt, da durch parkende Autos langsamer gefahren werde. Bei einer Entfernung der Parkplätze müsste durch andere Maßnahmen für eine angepasste Geschwindigkeit gesorgt werden. Sie erkundigte sich, warum im Fragebogen nach dem Alter der ausfüllenden Person gefragt werde und schlug vor, die Laufzeit der

Befragung auf sechs Wochen zu erhöhen. Der Vorsitzende erklärte, dass man mit der Frage nach dem Alter mehr über das jeweilige Mobilitätsverhalten erfahren könne und versprach die Informationen zu Geschwindigkeitsüberschreitungen nachzuliefern. Auf die Anmerkung von Stadtrat Koch erklärte der Vorsitzende, dass das Ziel des Fragebogens sei, ein umfassendes Meinungsbild der Anwohnenden zu erhalten. Zweiter Bürgermeister Dr. Sengl betonte, dass auch die zuvor von Herrn Knauf gezeigte Präsentation als Hintergrundinformation für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden solle. Auf Nachfrage von Stadträtin Ponn erklärte Herr Knauf, dass man lediglich im Austausch mit dem Landkreis stehe, aber nicht mit der Stadt Germering. Auf ihre weitere Anmerkung in Bezug auf den Online-Fragebogen legte der Vorsitzende dar, dass es technisch nicht möglich sei, Zugangsbeschränkungen dafür einzurichten. Stadtrat Leone begrüßte die Vorgehensweise, da nicht nur Anwohnende befragt würden, sondern auch andere Nutzerinnen und Nutzer sich über den Online-Fragebogen zur Thematik äußern könnten. Er schlug vor, dass man auch bei der Online-Befragung eine Angabe zum jeweiligen Wohnort in Puchheim nach Ortsteilen einfügen solle. Der Vorsitzende erklärte, dass man die Anregungen zu den Fragebögen nach Möglichkeit aufnehmen werde, man aber auch bemüht sei, diese so schlank wie möglich zu halten. Er bat um Abstimmung.

Beschluss

Es ist eine schriftliche Bürgerbefragung zum Thema „Fahrradschutzstreifen Allinger Straße“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 5 Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek Puchheim

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

Die Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek Puchheim in der vorliegenden Entwurfsfassung vom 21.09.2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 6 Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren und Verwaltungskosten für die Stadtbibliothek Puchheim

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren und Verwaltungskosten für die Stadtbibliothek Puchheim in der vorliegenden Entwurfsfassung vom 10.10.2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 7 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Lochhauser Straße hier: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes / Sanierungssatzung

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

1. Das im Lageplan dargestellte Gebiet wird als Sanierungsgebiet (§ 142 BauGB) im vereinfachten Verfahren (§ 142 Abs. 4 BauGB) förmlich festgelegt. Der Stadtrat beschließt die Sanierungssatzung in der vorgeschlagenen Form. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Frist für die Durchführung der Sanierung wird auf 15 Jahre festgelegt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die in den vorbereitenden Untersuchungen vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen und dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen für die Aufstellung eines städtebaulichen Rahmenplans für die Lochhauser Straße durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

**TOP 8 Grundschule Süd; Neugestaltung der Außenanlagen mit Errichtung eines Verkehrsübungsplatzes
hier: Erweiterung der Projektgenehmigung**

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt, die Projektgenehmigung für das Bauvorhaben Grundschule Süd; Neugestaltung der Außenanlagen mit Errichtung eines Verkehrsübungsplatzes um Mehrkosten in Höhe von ca. 165.720 Euro (brutto) zu erweitern. Die vorläufigen Gesamtkosten summieren sich auf ca. 1.230.500 Euro.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 9 GSS Grundschule Süd - Flachdachsanierung Hauptgebäude, hier: Erweiterung der Projektgenehmigung

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt vom Vortrag Kenntnis und genehmigt die Erweiterung der Projektgenehmigung in Höhe von 125.100 Euro, so dass sich die Gesamtprojektkosten auf 1.512.000 Euro belaufen.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 10 Aktueller Stand und weiteres Vorgehen beim Mobilitätsstationsprojekt, hier: interkommunale und landkreisübergreifende Zusammenarbeit

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein und übergab das Wort an Herrn Imkeller vom Landratsamt Fürstentfeldbruck. Dieser erläuterte Hintergründe zur vorliegenden Beschlussvorlage und legte die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit den Mobilitätsstationen dar. Er erklärte, dass aufgrund von Neuausschreibungen nochmals eine multilaterale Zweckvereinbarung erforderlich sei. Dies habe keine finanziellen Auswirkungen über das Förderverfahren hinaus. Die Kommunen könnten hingegen mit Kostenersparnissen rechnen. Er wies darauf hin, dass eine Umsetzungspflicht bestehe. Auf Nachfrage von Stadtrat Koch erklärte Herr Imkeller, dass für den Akkutauch der geplanten Pedelecs keine zusätzlichen Fahrten mit PKWs erforderlich seien. Ladung an der Station würde umfangreiche tiefbauliche Kosten zur Verlegung von Stromanschlüssen erfordern. Stadträtin Kamleiter betonte, dass sie die Mobilitätsstationen weiterhin kritisch sehe hinsichtlich der Nutzung und der Folgekosten.

Stadtrat Leone hob hervor, dass angesichts der großen Anzahl der beteiligten Kommunen das Projekt noch positiver zu bewerten sei als zuvor, insbesondere da nun auch Pedelecs geplant seien. Er schlug vor, die vorgesehene Anzahl der Pedelecs zu erhöhen. Stadträtin Gigliotti schloss sich ihrem Vorredner an und erklärte, dass auch sie es befürworten würde, wenn die Hälfte der verfügbaren Fahrräder Pedelecs seien. Ihrer Ansicht nach könnten insbesondere Jugendliche von den Mobilitätsstationen profitieren. Stadtrat Schneider hinterfragte das Kosten-Nutzen-Verhältnis und betonte, dass die Kosten, die die Stadt tragen müsste, viel zu hoch seien. Zudem beteiligten sich weniger als die Hälfte der Kommunen im Landkreis an dem Projekt. Er kritisierte, dass in diesem Zusammenhang keine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Auf Nachfrage von Stadtrat Heil erklärte Herr Knauf von der Stadtverwaltung, dass anbieterneutrale Stationen ausgewählt worden seien, damit sie gegebenenfalls über einen anderen Betreiber weitergeführt werden könnten. Auf Nachfrage von Stadtrat Knürr bestätigte Herr Imkeller, dass in den Gewerbegebieten Mobilitätsstationen vorgesehen seien. Stadtrat Hoiß wies darauf hin, dass es auch Fahrradständer mit solarbetriebenen Lademöglichkeiten für Pedelecs gebe. Auf Nachfrage von Stadtrat Leone legte Herr Knauf dar, dass die Stadt Puchheim im Zusammenhang mit diesem Projekt bislang Gesamtkosten von 250.000 Euro bereits beglichen oder beauftragt habe. Der Vorsitzende erklärte, dass die Anzahl der Pedelecs im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nochmals thematisiert werde. Er berichtete, dass insbesondere Puchheimer Unternehmen den Bedarf für Leihräder für ihre Mitarbeitenden sähen. Auf Nachfrage von Stadträtin Kamleiter erklärte Herr Imkeller, dass die Ausleih-Tarife noch nicht bekannt seien, da dies Gegenstand der Ausschreibung sei. Es werde Vergünstigungen für ÖPNV-Abonutzende geben, da die Mobilitätsstationen den ÖPNV ergänzen sollten. Auf Nachfrage von Stadtrat Koch erläuterte Herr Imkeller, dass die Anzahl der Mobilitätsstationen fix sei. Die Stationen seien hinsichtlich der Nutzung durch verschiedene Arten von Fahrrädern einschließlich des Individualradverkehrs flexibel. Er bestätigte, dass Reservierungen im Vorhinein möglich seien. Der Vorsitzende bat um Abstimmung.

Beschluss

1. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Zweckvereinbarung über die gemeinschaftliche Etablierung und Sicherstellung eines öffentlichen Bikeshaaring-Systems von Gebietskörperschaften im Gebiet des Münchner Verkehrsverbundes (im Folgenden: Zweckvereinbarung) nach Maßgabe des angehängten Entwurfes mit allen in der Anlage 1 des Entwurfes genannten Basisgebietskörperschaften sowie allen Landkreisen, die Gesellschafter der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) sind, abzuschließen. Diese Beauftragung und Ermächtigung bleibt bestehen, auch wenn und soweit einzelne oder mehrere der in der Anlage 1 des Entwurfes genannten Basisgebietskörperschaften oder der Landkreise, die Gesellschafter der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) sind, nicht oder nicht rechtzeitig zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens

den Abschluss der Zweckvereinbarung beschließen.

2. Von dem angehängten Entwurf darf abgewichen werden, soweit die Abweichungen nur unwesentlich sind und dies aufgrund von Anmerkungen der Aufsichtsbehörde, des Finanzamtes oder ähnlicher Stellen, aufgrund einer steuerlichen Prüfung, aufgrund weiterer Abstimmungen zwischen den Projektbeteiligten oder aus vergleichbaren Gründen erforderlich ist.
3. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Landeshauptstadt München zu bevollmächtigen, Willenserklärungen anderer Gebietskörperschaften, die den Abschluss, die Änderung oder die Beendigung der Zweckvereinbarung betreffen, mit Wirkung für und gegen die Stadt Puchheim zu empfangen.
4. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss der Zweckvereinbarung diese zu ändern, soweit die Änderungen nur unwesentlich sind und dies aufgrund von Anmerkungen der Aufsichtsbehörde, des Finanzamtes oder ähnlicher Stellen, aufgrund einer steuerlichen Prüfung oder aus vergleichbaren Gründen erforderlich ist. Ein erneuter Beschluss des Stadtrates ist hierfür jeweils nicht erforderlich.
5. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss der Zweckvereinbarung einzelne oder mehrere der in der Anlage 1 des angehängten Entwurfes genannten Basisgebietskörperschaften bzw. einzelne oder mehrere der in der Anlage 2 des angehängten Entwurfes genannten Optionsgebietskörperschaften sowie einzelne oder mehrere Landkreise, die Gesellschafter der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) sind, unter den in der Zweckvereinbarung festgelegten Voraussetzungen als Vertragsparteien in die Zweckvereinbarung aufzunehmen und die Zweckvereinbarung jeweils entsprechend zu ändern. Ein erneuter Beschluss des Stadtrates ist für die Vertragsänderungen jeweils nicht erforderlich.
6. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung der Anlage 1 der Zweckvereinbarung für die Stadt Puchheim über den Landkreis Fürstenfeldbruck 58 mechanische Fahrräder und 18 Pedelecs anzugeben.
7. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der durch die Zweckvereinbarung eröffneten Möglichkeiten über den Landkreis Fürstenfeldbruck darauf hinzuwirken, dass für die Stadt Puchheim möglichst 13 Stationen vorgesehen werden und die genannten Standorte möglichst weitgehend umgesetzt werden. Die Beschaffung soll jedoch auch dann durchgeführt werden, wenn diese Vorgaben nicht umgesetzt werden.
8. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, die aktualisierte Zweckvereinbarung über den Aufbau und Betrieb von Mobilitäts- / Radstationen im Landkreis Fürstenfeldbruck zwischen dem Landkreis Fürstenfeldbruck und den Städten Fürstenfeldbruck, Germering, Olching und Puchheim sowie den Gemeinden Grafrath, Gröbenzell, Landsberied, Maisach, Mammendorf und Schöngeising nach Maßgabe des angehängten Entwurfes abzuschließen und die lokal angepas-

ten Ergänzungsvereinbarungen mit dem Landkreis Fürstenfeldbruck abzustimmen und abzuschließen.

9. Von den angehängten Entwürfen darf abgewichen werden, soweit die Abweichungen nur unwesentlich sind, dies aufgrund von Anmerkungen der Aufsichtsbehörde, des Finanzamtes oder ähnlicher Stellen, aufgrund einer steuerlichen Prüfung oder aus vergleichbaren Gründen oder aufgrund der Ergebnisse des weiteren Abstimmungsprozesses erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 10 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 11 Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Leone äußerte seinen Unmut über die Vorgehensweisen der am Glasfaserausbau beteiligten Unternehmen, insbesondere hinsichtlich der Wiederherstellung der Straßen und Gehwege. Er bat dringend darum, dass die Stadtverwaltung sehr genau darauf schaue und die Firmen in die Pflicht nehme. Stadtrat Hoiß ergänzte, dass die Baustellen zum Teil seit geraumer Zeit verkehrsgefährdend und nicht abgesichert seien. Der Vorsitzende erklärte, dass das Tiefbauamt bereits so engmaschig kontrolliere, wie es personell leistbar sei. Auf Nachfrage von Stadtrat Hoiß in Bezug auf einen Presseartikel erklärte Stadtrat Keil, dass alle Bürger:innen und Unternehmen des Landkreises insgesamt pro Tag eine Million Euro für Gas und Öl ausgäben. Auf Stadtrat Hoiß` weitere Nachfrage legte der Vorsitzende dar, dass vor dem Rathaus ausreichend zeitbegrenzte Parkplätze ausgewiesen seien. Auf Nachfrage von Stadtrat Schneider erläuterte der Vorsitzende die Gründe für den kürzlichen Stromausfall. Stadtrat Honold bat darum, in der nächsten Ausgabe des städtischen Mitteilungsblattes „Puchheim aktuell“ in einem Artikel zu erklären, wie auf den Wertstoffhöfen im Stadtgebiet Müll korrekt zu entsorgen sei.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche 39. Sitzung des Stadtrates um 20:31 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Isabell Wipiejewski